Als ökumenische Beobachterin in Südafrika

Das ökumenische Beobachtungsprogramm in Südafrika

VON HILDEGARD LENZ-MATTHIES

Schlagzeile in der *Natal Witness* 29. Februar 1993: „Imbali – 24 Familien in leerstehende Kirchenhalle geflüchtet“.

Ein Foto zeigt hochbeladene Lastwagen. Die Familien fliehen mit ihrer letzten Habe aus dem Township bei Pietermaritzburg. – An meinem ersten Tag als Friedensbeobachterin in der Bürgerkriegsprovinz Natal besuchen wir mit dem regionalen EMP-SA-Koordinator diese Familien. Das Mißtrauen ist groß. Was will diese weiße Frau mit dem deutsch gefärbten Englisch, mit dieser blauen Kappe, Armbinde und Jacke mit Kreuz? Nur zögerlich beginnen die Frauen zu berichten: Nach Einbruch der Dunkelheit gehen Vertreter der Inkatha-Freiheitspartei (IFP) von Haus zu Haus. Wer kein Mitgliedsbuch vorzeigen kann und auch nicht gewillt ist, in die IFP einzutreten, wird mit der Waffe bedroht oder das Haus angezündet. Von der zur Hilfe gerufenen Polizei erhalten die verzweifelten Familien den ironischen Rat: „Ruft doch Mandela, um euch zu helfen.“ Viele Familien haben Imbali verlassen. 150 Menschen haben in dieser Kirchenhalle ohne jegliche sanitäre Einrichtungen Zuflucht gesucht. Noch ist das Mißtrauen so groß, daß ich sie nur von hinten fotografieren darf.

Fünf Wochen später hat sich das Klima verändert. Als ich mich verabschiede und meinen Nachfolger aus Kanada vorstelle, bestehen die Frauen aus Imbali darauf, mit der EMP-SA-Beobachterin von vorne fotografiert zu werden. – Bei praktischer Arbeit war Vertrauen gewachsen. Über den regionalen Kirchenrat und das Rote Kreuz hatten wir Kochplatten und Grundnahrungsmittel organisiert. Bei der Polizei hatte ich meine „Verwunderung“ ausgedrückt über die nächtliche Gewalt in Imbali, wo es doch mitten im Township eine große Polizeistation und auf dem Berg ein Armee-Camp gibt.

1. Zu Geschichte und Struktur des EMP-SA

Im September 1992 wird das ökumenische Beobachtungsprogramm in Südafrika (Ecumenical Monitoring Programme in South Africa – EMP-SA) auf Wunsch des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC) und der Südafrikanischen Katholischen Bischofskonferenz (SACBC) beim Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) unter Beteiligung von *Justitia et Pax* der römisch-katholischen Kirche eingerichtet. Schon im Oktober 1991 hatte eine Konsultation des ÖRK in Kapstadt vorgeschlagen, die Kirchen sollten ein wirksames internationales Beobachtungssystem für den Übergangsprozeß in Südafrika schaffen, um das im September 1991 ausgehandelte Natio-

nale Friedensabkommen und die im Dezember 1991 beginnenden Demokratisierungsverhandlungen (CODESA – Conference for a Democratic South Africa) zu unterstützen. Aufgeschreckt von der zunehmenden Gewalt ruft der SACC im Mai 1992 führende Politiker und Kirchenvertreter zu einer Notstandskonferenz zur Gewalt (Emergency Summit on Violence) zusammen. In einem Memorandum fordert man von der südafrikanischen Regierung, „den Wert eines internationalen Beobachtungssystems gegen die Gewalt anzuerkennen und Institutionen zu erlauben, ein solches einzurichten“.

Nach dem Massaker von Boipatong im Juni 92 bricht der ANC die Gespräche mit der Regierung ab und ruft zu Massendemonstrationen auf gegen die Gewalt. Es wird immer offensichtlicher und schließlich auch von Untersuchungen der Goldstone-Kommission bestätigt, daß Kräfte in Polizei und Militär (eine sog. „Dritte Kraft“) die Drahtzieher der Gewalt sind. Die Regierung unternimmt offensichtlich nichts dagegen bzw. ist selbst beteiligt. Aus den monatlichen Berichten der Menschenrechtskommission (Human Rights Commission HRC) geht eindeutig hervor, daß jeweils vor wichtigen politischen Entscheidungen die Gewaltausbrüche zunehmen. Die Sicherheit der schwarzen Gemeinschaft kann nicht länger Polizei und Militär anvertraut werden. Auf der Basis des Nationalen Friedensabkommens und der Resolution 772 entsendet die UNO im Oktober 1992 erste Beobachter nach Südafrika, es folgen die EG, die OAU und das Commonwealth.

Während den staatlichen Beobachtermissionen nur der Status von Observern (ausschließlich *nur* zur Beobachtung) zugestanden wird, schickt die ökumenische Gemeinschaft mit dem EMPSA bewußt Monitore nach Südafrika, die nicht nur beobachten, sondern sich auch einmischen sollen. Eine Delegation bedeutender Kirchenleute (Eminent Church Persons Group) unter Leitung von Bischof John Reeves/Neuseeland stellte das Programm im September 1992 vor. In zunächst sechs Regionen mit besonderer Gewaltproblematik – vier in Natal, in der Grenzregion zwischen Ciskei und Transkei und im PWV Dreieck (Pretoria/ Witwaterrand/ Vaal) – nehmen jeweils zwei internationale Friedensbeobachter für sechs Wochen ihre Arbeit auf. Das nationale Büro in Johannesburg unter Vorsitz von Dr. Christian Beyers Naudé führt die BeobachterInnen ein und wertet ihre Erfahrungen aus. Meist angelehnt an die regionalen Kirchenräte entstehen in den Regionen EMPSA-Komitees mit einheimischen Koordinatoren. Der Schwerpunkt des Programms soll sich neben der Gewaltbeobachtung zunehmend dem Übergangsprozeß zu einem demokratischen und nicht-rassistischen Südafrika und schließlich der Vorbereitung und Durchführung der

ersten demokratischen Wahlen zuwenden. Das nationale EMPSA-Büro in Johannesburg veröffentlicht regelmäßig Berichte der Beobachter. Im August 1993 trägt eine zweite Delegation bedeutender Kirchenleute die Erfahrungen, Beschwerden und Empfehlungen den leitenden Stellen von Regierung und Parteien vor. Im April 1994 kommt schließlich eine dritte Delegation unter Leitung von Kenneth Kaunda, ehemaliger Staatspräsident von Sambia, zur Beobachtung der Wahlen. In der Zwischenzeit werden auch einzelne Experten wie Gerichtsmediziner und Juristen für spezielle Problembereiche tätig.

Das EMPSA hat folgende Ziele:

- a) in Zentren der Gewalt präsent zu sein, zu beobachten, zu analysieren und zu versuchen, die Konfliktparteien an „runde Tische“ (Local oder Regional Disput Resolution Committees LDRCs oder RDRCs) zu bringen,
- b) den Prozeß der Verhandlungen in Richtung eines friedlichen Übergangs zu einem demokratischen und nichtrassistischen Südafrika zu begleiten,
- c) die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu beobachten und darüber zu berichten.¹

2. Die Situation vor den Wahlen

Ende März 1994 bin ich wieder in Südafrika. Das EMPSA-Büro in Johannesburg hat einige frühere Beobachter gebeten, erneut nach Südafrika zu kommen, um bei der Beobachtung der Wahlen zu helfen. Am 27. März können wir von unserem Hotel im Norden von Johannesburg nur über Umwege zum EMPSA-Büro im Khotso-Haus (Sitz des Südafrikanischen Kirchenrates) im Süden der Stadt fahren. Im Zentrum sind die Straßen menschenleer, Geschäfte geschlossen, überall Glasscherben, zerstörte Autos, Tote liegen auf den Straßen. König Goodwill Zweletini hat die Zulus aufgerufen, gegen die Wahlen zu demonstrieren. Unbehelligt von der Polizei strömen aus den umliegenden Männer-Hostels bewaffnete Inkatha-Krieger in die Innenstadt. Vom sicheren Fensterplatz im 11. Stock des Khotso-Hauses sehen wir sie durch die Straßen stürmen, hören Schüsse, Helikopter, Sirenen der Ambulanzen. Die bewaffneten Männer weichen von ihrer Route ab und greifen das ANC-Hauptquartier an. Der ANC erwidert das Feuer. Bilanz des Protestes: 53 Tote und über 300 Verletzte. – In dieses Chaos hinein – ein Anruf aus Dänemark: „Können Sie für die Sicherheit unserer Beobachter garantieren?“ – „Können wir nicht, hören Sie nicht, es ist Krieg.“ Mary Mxadana, die nationale Koordinatorin von EMPSA, hält den Hörer in Richtung der Kämpfe. Wir sind ratlos und voller Angst. Was können wir als internationale kirchliche Beobachter hier ausrichten? Am nächsten Tag brechen wir in die Regionen auf, um dort bei den Vorbereitungen für die zu erwartenden über 300 EMPSA-Wahl-Beobachter zu helfen. EMPSA hat sein Betätigungsfeld inzwischen auf 16 Krisenregionen ausgedehnt. Ich bin erneut in Pietermaritzburg, der Hauptstadt Natal, eingesetzt.

Die Gewalt nimmt weiter zu. Bei Johannesburg explodieren zwei Bomben in belebten Straßen. Es gibt zahlreiche Tote und Verletzte. Ein Bombenanschlag erschüttert den Johannesburger Flughafen. Am 31. März verhängt die Regierung auf Empfehlung des Übergangs-Exekutivrates (Transitional Executive Council TEC) „zur Sicherung freier und gleicher Wahlen“ über Natal und KwaZulu den Ausnahmezustand. Doch wie sollen die möglich sein? – Keine Partei hat Zugang zu von Inkatha dominierten Gebieten oder KwaZulu. Es gibt nach wie vor „no-go areas“. Neun junge Männer, die Wahlaufklärungsmaterial verteilen, werden in einem Vorort von Durban brutal gefoltert und ermordet. Ein Seminar des ANC zur Wahlaufklärung wird überfallen, drei junge Männer ermordet, weil sie den Chief nicht um Erlaubnis gebeten haben. Möglicherweise aus Rache wird später der dafür verantwortliche Sprecher des Chiefs ermordet.

Die Inkatha Freiheitspartei IFP mobilisiert weiterhin gegen die Wahlen. Wir beobachten bewaffnete IFP-Aufmärsche. Trotz Ausnahmezustand schreitet die Polizei nicht ein. Eine Chris Hani-Gedächtnisfeier des ANC wird aber unter Berufung auf den Ausnahmezustand verboten. Weil KwaZulu sich verweigert, gibt es zehn Tage vor den Wahlen noch keine endgültige Liste der Wahlstationen in Natal.

In Natal ist inzwischen ein gut funktionierendes Netzwerk der verschiedenen Beobachtermissionen entstanden. Bei unseren regelmäßigen Treffen macht sich Ratlosigkeit breit: Wie können unter solchen Bedingungen freie und faire Wahlen stattfinden?

Auf vielfältigen Druck hin entschließt sich die IFP eine (!) Woche vor den Wahlen, nun doch an den Wahlen teilzunehmen. Es herrscht große Erleichterung im ganzen Land. Bei der Unabhängigen Wahlkommission (Independent Electoral Commission IEC) wird Tag und Nacht gearbeitet. In Natal-Midlands müssen fünfzig weitere Wahlstationen eingerichtet werden, das Material zur Wahlaufklärung muß aktualisiert, 40 Millionen IFP-Aufkleber für die Wahlzettel gedruckt werden... Eine kaum leistbare Arbeit. Doch trotz aller technischer und organisatorischer Schwierigkeiten: Vom 26. bis 28. April erlebt Südafrika und die Welt eine Lektion in Demokratie: In langen Schlangen stehen die Menschen, Schwarze und Weiße, einträchtig beieinander stundenlang vor den Wahllokalen geduldig in der heißen Sonne. Zum ersten Mal in der Geschichte wählt Südafrika ein freies Parlament, das alle Menschen des Landes repräsentiert. Noch nie waren bei einer Wahl so viele internationale Beobachter anwesend.

3. *EMPSA – Fortsetzung des Kampfes der weltweiten Christenheit gegen Apartheid*

Südafrika und die Apartheid: Dieses Problem hat die Ökumene jahrzehntelang beschäftigt. Die Einrichtung des Antirassismus-Programms mit seinem Sonderfonds (ÖRK Uppsala 1968), die Erklärungen „Rassismus ist Sünde“ (ÖRK Nairobi 1975), „Apartheid ist eine Bekenntnisfrage“ (LWB Daressalam 1977), „Apartheid ist Häresie“ (ÖRK Vancouver 1983) führen zur Suspendierung der weißen Kirchen Südafrikas aus der weltweiten Gemeinschaft der Kirchen (RWB Ottawa 1982; LWB Budapest 1984).

Lange wird in den Kirchen diskutiert, was die richtige Antwort der Christenheit auf dieses Unrechtssystem sein könne, das seine Existenz biblisch begründet. Auf Bitten des südafrikanischen Kirchenrates ruft der ÖRK zur politischen und wirtschaftlichen Isolierung des Apartheidstaates auf. Die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland (EFD) antwortet 1977 mit dem Früchteboykott. Basisgruppen und Verbände schließen sich an. Offizielle Vertreter der deutschen Kirchen allerdings lehnen die Aktionen ab. Die „Frauen gegen Apartheid“ erinnern sich noch lebhaft an die Anschuldigungen und Anfeindungen von kirchlichen Amtsträgern, Politikern und Wirtschaftsvertretern.²

Als 1989 der ANC und andere oppositionelle Gruppen wieder legal in Südafrika arbeiten können, Nelson Mandela 1990 nach 27 Jahren Haft freigelassen wird, verändert sich die Südafrika-Arbeit der EFD. 1992 werden die Aktionen zum Früchte-, Gold- und Bankenboykott offiziell beendet.

Der Einsatz der vielen Gruppen in Deutschland wirkt weiter im neuen Südafrika. Jahrelang fanden in zahlreichen Städten regelmäßige Mahnwachen vor südafrikanischen Einrichtungen statt. 1987 standen die „Frauen gegen Apartheid“ für die Angeklagten im Delmas-Prozeß, denen die Verurteilung zum Tode drohte, auf der Straße. Zwei der Angeklagten, Popo Molefe und Patrick Lekota, sind jetzt gewählte Ministerpräsidenten, andere Abgeordnete auf nationaler und regionaler Ebene.

Das EMPSA-Programm ist eine folgerichtige Fortsetzung dieses Kampfes gegen Apartheid. Die weltweite Christenheit hat sich in Südafrika eingemischt und damit Verantwortung übernommen. Mit dem ökumenischen Beobachtungsprogramm kann sie die Menschen in Südafrika beim Übergang zu einer neuen Gesellschaft begleiten.

4. *Gedanken zur Arbeitsweise von EMPSA*

Eine entscheidende Voraussetzung für das EMPSA ist, daß es in Südafrika Strukturen gibt, die für eine internationale ökumenische Beteiligung offen sind:

– Seit langem gibt es ein gut funktionierendes Beobachtungssystem für Gewalt und Menschenrechtsverletzungen. Die von Kirchen und unabhängigen Organisationen getragene Menschenrechtskommission (Human Rights Commission: HRC) sammelt aus allen Teilen des Landes detaillierte Informationen zu diesem Thema und gibt regelmäßig Berichte heraus.

– Es gibt ein gut ausgebautes Netz von unabhängigen Beobachtern (Network of Independent Monitors NIM). EMPISA konnte von ihren Erfahrungen profitieren und arbeitete eng mit diesen lokalen Beobachtern zusammen.

– Durch die lange politische Isolierung besteht in Südafrika ein großes Interesse, wieder Anschluß an die internationale Gemeinschaft zu finden. Deshalb werden internationale Besucher und Entscheidungsträger sehr geschätzt, und man hört auf sie.

– Während die staatlichen Beobachtermisionen der UNO, der Europäischen Union u.a. oft nur mühsam Kontakt zur Bevölkerung aufbauen können, ist EMPISA ein wirklich südafrikanisches Programm. Über die Kirchenstrukturen erreicht es die Bevölkerung selbst in den entlegensten Gebieten.

– Die EMPISA-Beobachter haben explizit den Auftrag, den Opfern nahe zu sein und ihnen zu vermitteln, daß das Leiden und die Ungerechtigkeit von der weltweiten Christenheit wahrgenommen wird und sie ihnen beistehen will.

– Die staatlichen Beobachtermisionen arbeiten mit hauptamtlichen Mitarbeitern, die über einen längeren Zeitraum im Lande sind, während der Wahlen werden sie durch ehrenamtliche unterstützt. Bei EMPISA sind die Hauptamtlichen fast ausschließlich Südafrikaner. Die ökumenischen Beobachter kommen für sechs Wochen und arbeiten ehrenamtlich.

– Die EMPISA-Komitees vor Ort und die hauptamtlichen Koordinatoren gewährleisten die Kontinuität. Für zwei EMPISA-Beobachter, einen regionalen Koordinator stehen ein Büro mit angemessenen Kommunikationsmöglichkeiten und ein Fahrzeug zur Verfügung. Diese Infrastruktur ist unbedingt nötig für ein Funktionieren des Programms.

– Während der Wahlen, als die Zahl der Beobachter auf über 300 steigt, ist die Ausrüstung ungenügend. Entweder müssen weniger Monitore eingeladen oder die Infrastruktur erheblich erweitert werden. (In Natal-Midlands kommen auf zwanzig Beobachter und fünf regionale Koordinatoren nur fünf Autos und ein Büro mit einem Computer, Fax und zwei Telefonen.)

Die Bevölkerung nimmt sehr wohl wahr, daß die ökumenischen Beobachter weder für ihre Arbeit bezahlt werden noch hohe Risikozulagen erhalten. Es sind Menschen aus dem normalen Berufsleben, die deshalb auch nur für kurze Zeit, aber mit großem Engagement ihre Arbeitskraft und Phantasie für die Friedensarbeit einsetzen und sich entsprechend auch verausgaben. Bei so kurzen Aufenthaltszeiten ist eine sorgfältige Einführung, Auswertung und Übergabe der Arbeit an das nächste Team entscheidend. Damit waren Organisatoren und Beobachter oftmals überfordert.

Parteien machten regen Gebrauch davon, uns ihre Versammlungen und Seminare zur Wahlaufklärung beobachten zu lassen. Dorfgemeinschaften

baten uns, für sie bei Regierungsstellen vorzusprechen oder sie dorthin zu begleiten. Wir konnten als „Außenstehende“ oft heikle Fragen stellen, die für Einheimische riskant gewesen wären. Durch unsere Anfrage und Begleitung bekamen die Betroffenen oft erst Zugang zu den Behörden. Oft reichte allein die Anwesenheit eines Beobacherteams oder auch nur ein Anruf bei der zuständigen Polizei, daß die Sicherheitskräfte sich korrekter verhielten. So wurde z.B. ein Protestmarsch der Townshipbewohner von Bruntville/Moorriver von der Polizei nur zugelassen, weil wir anwesend waren. Gerichtsverhandlungen verliefen korrekter, wenn ein Beobachter anwesend war und Notizen machte.

Nach Einbruch der Dunkelheit erhalten wir einen dringenden Anruf aus Imbali, draußen werde geschossen und die Polizei sei beteiligt. Ich rufe die Polizei an und kündige an, daß wir am nächsten Morgen bei Tageslicht in Imbali Zeugen befragen werden. Am Morgen teilen die Bewohner von Imbali mit, die Schießerei habe sofort nach meinem Anruf aufgehört.

Eines Tages erreicht uns die Anfrage aus einem etwa drei Autostunden entfernten Ort. Der ANC plant vor dem Parteibüro der Nationalen Partei eine Mahnwache und bittet um unsere Anwesenheit. Uns ist klar, zeitlich wird es unmöglich, rechtzeitig dort zu sein. So verständigen wir die zuständige Polizei, daß wir noch beraten, ob wir das Ereignis beobachten können. Die Aktion verläuft friedlich.

Bei einem auf offener Straße ausgetragenen Konflikt zwischen ANC und Inkatha hört mein Begleiter den in Zulu gesprochenen Satz eines Inkatha-Jugendlichen: „Benehmt euch anständig, die Frau ist nicht auf unserer Seite!“

In Pietermaritzburg streiken die schwarzen Gefängniswärter wegen rassistischer Behandlung von Angestellten und Gefangenen. Daraufhin sperrt die Gefängnisverwaltung sie aus. Aus Solidarität mit ihren Wärtern treten die Gefangenen in den Hungerstreik. Vor dem Gefängnistor herrscht eine gespannte Atmosphäre. Die Kommunikation ist total zusammengebrochen. Am schlimmsten empfinden die Streikenden, daß ihre weißen und indischen Kollegen am Eingang des Gefängnisses ihre Waffen gegen sie gerichtet halten. Auf ihren Wunsch hin teile ich dies ihren Kollegen mit. Sie reagieren sofort, richten ihre Waffen gegen den Boden oder verbergen sie auf dem Rücken. Im Verlauf des Konfliktes haben wir den Eindruck, daß beide Seiten froh sind, daß wir als „Weltgewissen“ anwesend sind.

Im Vorfeld der Wahlen prüften wir die Sicherheit der Wahllokale und überwachten die Ausstellung der Wahlausweise. An den Wahltagen halfen wir oft beim Versiegeln der Urnen und beobachteten den Wahlprozeß und später die Stimmauszählung.

Für das ökumenische Lernen war es entscheidend wichtig, daß Menschen verschiedener nationaler und konfessioneller Herkunft sich gemeinsam einer schwierigen Aufgabe stellen mußten. Dabei lernten sie eigene Stärken und Schwächen kennen und sich entsprechend zu verhalten. Gemeinsamer Glaube wurde als Grundlage der Gemeinschaft erfahren.

Die tägliche Begegnung mit Gewalt und deren Folgen, der ständige Druck, in ungewohnten Situationen angemessen zu reagieren, kostete viel Kraft. Oft hatten die Beobachter, die den Opfern nahe sein wollten, selbst Seelsorge nötig. In Natal-Midlands halfen die täglichen Morgenandachten beim Regionalen Kirchenrat und die Agape-Feiern und Bibelstunden bei PACSA (Pietermaritzburg Agency for Christian Social Awareness), die schweren Erfahrungen im Gespräch, im gemeinsamen Bibelstudium und Gebet zu verkraften.

5. EMPSA – Baustein für das neu zu entwickelnde „Programm zur Überwindung der Gewalt“

Mit dem Programm der Gewalt- und Wahlbeobachtung hat die ökumenische Gemeinschaft ein neues Instrument, Frieden zu bezeugen und zu fördern.

Beobachter und Beobachterinnen

– sollen nicht *für*, sondern *mit* den Betroffenen arbeiten. Das ist oft nicht einfach, denn bei den staatlichen Stellen in Südafrika gibt es eine Hierarchie: Zuerst wird der weiße Mann, dann die weiße Frau, danach der schwarze Mann und zum Schluß, wenn überhaupt, die schwarze Frau wahrgenommen. So wurde ich oft angesprochen, obwohl mein schwarzer Kollege viel kompetenter war.

– müssen Persönlichkeiten sein, die mutig genug sind, sich in schwierigen Situationen auch zwischen die Fronten zu begeben, ohne aber ihren Einfluß zu überschätzen. Sie können die Konflikte nicht lösen, wohl aber zur Lösung beitragen. Sie dürfen sich nicht dazu verführen lassen, als die großen Retter aufzutreten. Die durch die Uniform verliehene Autorität ist nur delegiert.

– arbeiten als Glieder einer Kette auf Zeit. Sie übernehmen eine Aufgabe und geben sie schließlich an ein neues Team weiter.

– müssen unparteiisch sein. Dennoch sollen sie Partei nehmen für die Seite der Opfer. Für die Benachteiligten sollen sie (wenn nötig) sprechen – besser behilflich sein, daß diese sich selbst artikulieren.

– üben ökumenisches Lernen ein. Sie lernen nicht nur voneinander für ihre verschiedenen nationalen und konfessionellen Gemeinschaften. Sie lernen auch von den Ortskirchen. Ohne deren Gastfreundschaft und Gesprächsbereitschaft und eine seelsorgerlich tragende Kirchengemeinschaft ist diese Aufgabe kaum zu leisten. Entscheidend ist, daß beide gemeinsam in den gegebenen Situationen auch von Dritten lernen.

Am letzten Tag meines Aufenthaltes 1993 hören wir über Radio von einem erneuten Massaker: Ein Bus mit Wochenendpendlern ist überfallen worden. Erschöpft fahren wir zum Tatort: Helikopter kreisen, Sicherheitspolizei mit Spürhunden, hochbewaffnetes Militär, man läßt uns durch die Absperrungen und beantwortet bereitwillig unsere Fragen. Ein südafrikanischer Soldat erinnert uns an unsere Aufgabe : „Sie besuchen doch sicher die Familien der Opfer.“ Eigentlich hatten wir all die Erlebnisse von Gewalt bei einem Bad im Indischen Ozean abspülen, der Gewalt entfliehen, sie vergessen wollen. Nun bringt uns ein Einheimischer zu einer der Familien. Die einzige Verdienerin der Familie, eine Krankenschwester, ist bei dem Anschlag ums Leben gekommen. Vor der Hütte liegen ihre Handtasche, Schuhe und eine Einkaufstasche. Wir treffen eine vor Verzweiflung und Trauer stumme Familie, versammelt um eine leere Bettstelle: Eine Decke auf dem Boden, ein Kissen, eine brennende Kerze. Da entdecken wir in einer Situation, wo selbst in der Muttersprache die Worte fehlen, die Bedeutung des Vaterunsers neu, als eine Gemeinsamkeit von Christen jenseits der Sprachverwirrung. Wir beten gemeinsam – jeder und jede in der eigenen Sprache.

Die Kirchen lernen miteinander, ihre jeweiligen Defizite, offene Möglichkeiten und notwendige Aufgaben („nächste Schritte“) selbst zu formulieren.

Bei der Begegnung der Gruppe bedeutender Persönlichkeiten im Vorfeld der Wahlen mit Erzbischof Tutu spricht der Leiter der Delegation, Kenneth Kaunda, seinen Dank aus und drückt damit aus, was auch die ausländischen Beobachter empfinden, die Begegnung mit Menschen in Südafrika sei für ihn immer eine spirituelle Bereicherung und Ermutigung gewesen, und es sei ein Privileg, in diesen historischen Tagen der ersten Wahlen als Helfer gefragt und Zeuge sein zu dürfen. Aus der Erfahrung seines eigenen Landes Sambia und dem vieler anderer afrikanischer Staaten weist er darauf hin, daß eine gerechte Lösung der Landfrage eine entscheidende Voraussetzung für die friedliche Zukunft eines Landes ist.

Erzbischof Tutu bittet die ökumenischen Gäste, ihre Unterstützung für Südafrika fortzusetzen. „In der Vergangenheit war der gemeinsame Feind klar, wir hatten eine Vision. Jetzt gibt es verschiedene Optionen. Wir müssen lernen, gegenüber einer von Schwarzen geführten Regierung genauso wachsam zu sein wie zuvor. Für diese neue Rolle brauchen die Kirchen die Unterstützung der Ökumene. Wir müssen lernen, mit unserer Vergangenheit umzugehen. Ich weiß nicht, wie man die Witwe von Steve Biko trösten kann, aber wir haben eine große Kapazität zur Vergebung und sind bereit zur Versöhnung. Um vergeben zu können, muß man aber wissen, was zu vergeben ist. Deshalb muß die Wahrheit ans Tageslicht.“

Das Ökumenische Beobachtungsprogramm war hilfreich im Übergangsprozeß. Ohne die Anwesenheit der ökumenischen Beobachter wäre die Entwicklung sicher gewaltsamer verlaufen. So sollte die ökumenische Gemeinschaft die Entwicklung in Südafrika weiterhin sorgfältig verfolgen und begleiten. Denn vielleicht sind auch nach den erfolgreich verlaufenen Wahlen internationale Beobachter nötig.

Bei der Auswertung des EMPSA ist zu prüfen, inwieweit es Handlungsmodell sein kann für ein neues ökumenisches Engagement im Rahmen des vom Zentralausschuß des ÖRK 1994 in Südafrika vorgeschlagenen neuen Programms zur Überwindung der Gewalt. Dabei geht es darum, die Sozialisation zur Gewalt zu ersetzen durch eine Erziehung zum Frieden.

Vor einem Wahllokal warten in der heißen Sonne geduldig Schwarze und Weiße in langen Reihen. Der wachhabende Polizist hat große Mühe, einen Polizeihund zu bändigen. Immer wieder fletscht und faucht er Schwarze an. Der Polizist entschuldigt sich: „*Es tut mir leid, der Hund ist noch im alten Südafrika dressiert, wir hatten noch keine Zeit, ihn umzuerziehen.*“

ANMERKUNGEN

- 1 Siehe auch die ausführliche Darstellung in: EMPSA – Guidelines and Principles, WCC Programm III, Genf 1993 und Ökumenisches Beobachtungsprogramm in Südafrika (EMPSA), EMW-Informationen Nr. 102, Februar 1994.
- 2 Die Geschichte und Ergebnisse der Frauenkampagne sind in dem Buch „Früchte aus Südafrika“, hg. von Angelika Schmidt-Biesalski, Berlin 1993, sehr lebendig dokumentiert.